

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 19 (1978)  
**Heft:** 9

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Diskussion

(Fortsetzung von Seite 5)

ihrer Vorstellung von der Linkslastigkeit aller A-Werk-Gegner-Organisationen festhalten würde. Meinerseits bin ich bereit, zuzugeben, dass das Ausbleiben eines klaren Protestes an die Adresse der Sowjetunion ein Fehler war, der leicht zu dem fatalen Missverständnis führen konnte. Für diesen Fehler gibt es nur mildernde Umstände. Als solche möchte ich im Sinne einer Entschuldigung immerhin erwähnen:

1. Der fragliche Satellit diene militärischen Zwecken. «Kosmos 954 war ein Himmelsspion, der dazu diene, auch bei schlechter Sicht die amerikanischen Schiffe durch Radarstrahlen zu orten.» («Neue Zürcher Zeitung», 31.1.1978) Er gehört also in den allgemeinen Zusammenhang der weltweiten Aufrüstung mit atomaren Mitteln (wobei es sich allerdings um eine sowjetische Spezialität handelt; die USA haben seit 1965 keinen solchen Satelliten mehr in Umlauf gebracht). Nun sind die Gefahren der atomaren Aufrüstung allgemein bekannt und werden nicht ernsthaft bestritten. In der Sache ist also hier die Aufklärung der Bevölkerung, die wir uns zum Ziel setzen, gar nicht nötig.

2. Die Entscheidungen über atomare Auf- bzw. Abrüstung werden von den Supermächten getroffen, nicht von der Schweiz. Wir möchten uns vor allem dort einsetzen, wo wir etwas erreichen können.

3. Der Raum, der uns in der Presse insgesamt zugestanden wird, ist ausserordentlich beschränkt. Deshalb müssen wir klare Prioritäten setzen.

## Nachtrag

Soeben erfahre ich, dass das Versäumte inzwischen glücklicherweise nachgeholt wurde. Die «Regional-Zeitung» (Herausgeber: Atominitiative, Postfach 725, 4002 Basel) bringt in ihrer Nr. 11, April 1978, den Protest des «Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke» (NWA), der sich ausdrücklich gegen die Sowjetunion richtet. Es heisst darin unter anderem: «Die Gefährdung wird noch erhöht, wenn, wie im Fall Kosmos 954, Energie durch Atomkernspaltung erzeugt wird, weil dabei gleichzeitig Atom Müll produziert wird. (...) Es ist bestürzend, dass die Behörden der Schweiz nicht offiziell von der sowjetischen Regierung vor dem Absturz gewarnt worden sind.»

Dr. H. van der Waerden, Wetzikon ZH

## Red. ZB:

Ich bin sicher, dass wir ohne faule Kompromisse zusammenkommen. Für den Testfall des fraglichen Anlasses gelange ich dank Ihren tatsächlich vielsagenden Insider-Auskünften zur Feststellung, dass der Protest organisierbar gewesen wäre, aber leider nicht organisiert worden ist.

Man kommt mit politischer Enthaltensamkeit gegen politische Dominationsbestrebungen nicht auf, und Ihr «Nachtrag» bestätigt meine in diesem Zusammenhang schon geäusserte Ansicht, dass die Schlagseitigkeit für demokratische Atomkraftwerkgegner kein Schicksal zu sein braucht. Ein kleiner und etwas nachträglicher Schritt, auf den Sie hinweisen, aber in die gute Richtung. Und in der «NZZ» stand neulich (24. 4. 1978)

ein Protest gegen die Anmassung der «Linken», sich als Repräsentanten der gesamten Bewegung auszugeben. Die grosse Publizität ist das allerdings auch nicht.

Ich bedaure es mit Ihnen, dass der Raum, der den demokratischen Atomkraftwerkgegnern in der Presse insgesamt zugestanden wird, so klein ist, aber gerade deshalb darf man die Prioritäten nicht so setzen, dass man «dann halt» die politische Einbettung der Bewegung den «andern» überlässt, denen es überhaupt nicht um die Sache, sondern nur um ihre Politik geht. Sonst kann man nur auf ein Wunder warten, oder darauf, dass unsere TV da den Ausgleich schafft...

Was bei Ihrem Bericht über die politischen Strömungen in der Atomkraftwerkgegnerbewegung und der annähernden Notwehrgründung der AGEA aber unbedingt gesehen werden sollte, das ist die Uebertragbarkeit der Dinge. Was Sie an diesem Beispiel schildern, das spielt sich in andern Bewegungen, Initiativen, Aktionen usw. auch ab, und man hat überall aufzupassen, dass man nicht von jenen überspielt wird, die es anders meinen.



## In Kürze

Eine interessante Frage nebenbei: Warum ist der 108. Geburtstag Lenins (geb. 22. 4. 1870) so viel wichtiger als der 107. oder 106.? Die sowjetischen Zeitungen haben um den Gedenktag herum bis zu drei Viertel ihres gesamten Umfangs diesem Gedenken gewidmet; präzedenzlos seit dem Hundertsten. Implizierter bis explizierter Sinn: Ohne den Leninismus (auf den die spanische KP sich nicht länger berufen will) kein Sozialismus und kein Kommunismus. Demonstrativ scharen sich die Sowjets um das Banner. Qui donc leur a sonné le car(r)illon?

\*

Die Sowjetunion hat den Philippinen ein atomares Elektrizitätswerk verkauft. Warum nicht? Klar. Bloss: Diesen Vertrag konnte die Sowjetunion abschliessen, nachdem sich die amerikanische Regierung geweigert hatte, auf den Philippinen ein Kernkraftwerk zu bauen. In Washington ging man eben davon aus, dass Präsident Marcos ein Diktator sei und eine Atomanlage zu militärischen Zwecken missbrauchen könnte. Eine moralische Geschichte mit einem unmoralischen Ende. Aber von exemplarischer Moral.

\*

Nationalistisches Aufbegehren gegen kulturelle Einebnungsbestrebungen in der UdSSR gibt es nicht nur in Georgien, wo Demonstrationen in Tiflis zu verzeichnen waren. In den Westen gelangt ist jetzt eine Samisdat-Schrift, welche die Geschichte der Vereinigten Nationalen Partei Armeniens aufzeichnet. Die ungestattete Partei wurde 1966 gegründet. Sie strebt die Unabhängigkeit des Landes an, wobei sie sich auf das verfassungsmässige Sezessionsrecht der Sowjetrepubliken beruft. 1976 verbrachte man 14 ihrer Mitglieder in Straflager. Der Samisdat-Bericht entstand kurz darauf in Erewan.

\*

Zu Ihren Ergänzungen meinerseits noch zwei Ergänzungen:

— Die militärische Zweckbestimmung des fraglichen sowjetischen Satelliten ist nicht die Lesart der Sowjets. Nach ihrer Darstellung war es ein Forschungssatellit. Und wenn man ihnen das nicht glauben will, wenn man also annimmt, dass sie bloss ihre militärischen Zwecke tarnen, dann wäre das eigentlich nicht gerade ein Grund weniger zum Protest.

— Wie immer es die RML-Anhänger mit der Sowjetunion halten, die POCH zum Beispiel macht auch kräftig mit, und beim Kosmos-Fall unter geradezu ausgesuchter Schonung der UdSSR. ZB-Leser haben diesbezüglich äusserst interessante Belege eingeschickt. Und es wird doch wohl auch ein allgemeines kommunistisches Bestreben selbst ausserhalb der Moskau-Hörigkeit geben, den kapitalistischen «Verursachern» möglichst wenig Entlastung durch Hinweise auf nichtkapitalistische Verursacher zu gönnen.

Zum Schluss: Da ich Atomkraftwerke befürworte (faute de mieux; wer tut es anders?), sind wir Gegner in der Sache. Aber nicht, wie mir scheint, in der Hauptsache. Christian Brügger

In der Zeitschrift «Sowjetunion heute» hat Prof. Jewgenij Worobjow über die Massnahmen referiert, die man in der UdSSR beim Bau von Atomkraftwerken zum «hygienischen Schutz der Bevölkerung» trifft. Die Aufzählung der Vorkehrungen und der dafür zuständigen Instanzen ist umfangreich. Was nicht vorkommt, ist die Mitsprache der Bevölkerung.

\*

Ob die CIA eher ein Geheimdienst oder eher ein Pressedienst ist, scheint zuweilen das Rätsel zu sein, wenn es um ihre eigenen Belange geht. Indessen veröffentlicht sie auch Angaben über die Konkurrenz. Demnach hat der sowjetische Nachrichtendienst fünfmal mehr Agenten als alle Nachrichtendienste der westlichen Staaten zusammengenommen. Allein das Zentrum zur Bearbeitung nachrichtendienstlicher Daten in Moskau zählt 30 000 Angestellte; das analoge amerikanische Zentrum beschäftigt 4000 Personen. Objektiverweise muss man freilich zugeben, dass die Leute von KGB und GRU (der militärische Nachrichtendienst) manchmal schwierigere Aufgaben zu lösen haben als ihre westlichen Kollegen. Zum Beispiel die Entwicklung der amerikanischen Neutronenbombe in der UdSSR.

\*

In der Sowjetunion bemüht man sich, das Rauhen zu bekämpfen. Das ist angesichts der Tatsache, dass Produktion und Vertrieb der einschlägigen Ware staatlich und profitär sind, sicher anerkennenswert, aber man versteht doch auch, dass die Hemmung der Behörden, den Leuten etwas verbieten zu wollen, sich auf diesem Sektor stärker auswirkt als auf andern. Zum Glück gibt es noch andere Methoden, und eine davon, in der sowjetischen Presse propagiert, ist besonders hübsch — oder besonders hässlich: Man solle endlich auf die Produktion ästhetischer Aschenbecher verzichten. Schlimm genug, dass es das Laster gebe, aber es auch noch zu schmücken, nein, das brauche man wahrhaftig nicht.

Aber es gibt noch einen (...) höheren Grund für die verhältnismässige Funktionsfähigkeit unseres Systems als das Selbsterhaltungsinteresse. Wir sehen in vielen Entwicklungsländern Parteien und Bürokratien ohne marxistisch-leninistische Herkunft mit weit geringerem Erfolg um die (...) Legitimation ihrer Herrschaft kämpfen. (...) Letzten Endes beruht auch die charakteristische Diszi-

## Zitiert...

plin echter stalinistischer Bürokratien weder auf den gestaffelten Privilegien noch allein auf der ständigen Präsenz der indirekten Gewaltanordnung im Falle der Abweichung. Es blieb bis heute ein Rest weltanschaulich-moralischer Loyalität erhalten, für die das formelle Festhalten der massgebenden Repräsentanten an einem kleinen Katechis-

mus der reinen Lehre entscheidend ist. Hier handelt es sich um die bei Weltanschauungsparteien ebenso wie bei Kirchen zu beobachtende Kontinuität einer ursprünglichen Inspiration, die zu ihren Existenzbedingungen zählt. Die Kirche ist trotz Staatsreligion, Orthodoxie und Inquisition selbst heute noch nicht tot, weil und insofern es ihr gelingt, die im Neuen Testament als Verhaltensideal aufgezeichnete Mission Christi in wenigstens einigen ihrer Glieder glaubhaft gegenwärtig zu halten (...). In allen unsern Parteien an der Macht gibt es bis hinauf in die Spitze noch Menschen, die wenigstens durch ihr schlechtes Gewissen an die Idee gebunden sind.

**Der eingesperrte DDR-Autor Rudolf Bahro in seinem Buch «Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus», Köln 1977, S. 281.**

## FACETTEN zum Alltag drüben

In der DDR will man dem ständig zunehmenden Alkoholkonsum (Pro-Kopf-Verbrauch 1976: 7,8 Liter Wein und Sekt, 124,5 Liter Bier und 8,8 Liter Spirituosen) und der dadurch bedingten steigenden Zahl von Alkoholkranken durch verstärkte Aufklärungsaktionen und verbesserte therapeutische Massnahmen begegnen. Bisher sei dieses Problem, so räumte die Ost-Berliner Zeitschrift «Das deutsche Gesundheitswesen» ein, von Politikern und Medizinern, weil mit der sozialistischen Gesellschaft nicht vereinbar, eher verharmlost worden. Nach Angaben des Fachblattes wurden auf einem medizinischen Kongress in Dresden kürzlich erstmals genaue Zahlen vorgelegt, welche die Dringlichkeit der Alkoholumbekämpfung beleuchten. So erhöhte sich von 1970 bis 1975 die Zahl der wegen Alkoholismus und Alkoholismuspsychose in den Krankenhäusern der DDR behandelten Patienten von 5800 auf 8800. Insgesamt gab es 1975 fast 16 000 stationäre Behandlungsfälle, die mit alkoholbedingten Schädigungen im Zusammenhang stehen. 10 Prozent der Patienten in psychiatrischen Einrichtungen sind Alkoholiker.

Eine Repräsentativbefragung in drei Kreisen der DDR ergab, dass 36,6 Prozent der Männer täglich, bzw. an mehreren Tagen der Woche Alkohol zu sich nehmen. Bei der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren liegt dieser Prozentsatz sogar bei 47,5 Prozent. Von den befragten Frauen gaben nur 16,2 Prozent regelmässiges Trinken an; von den Frauen über 55 Jahren sind es allerdings 26,2 Prozent. Die Mehrheit der Jugendlichen in der DDR greift vor dem 16. Lebensjahr zum ersten Glas Bier, bei einem grossen Teil von ihnen bilden sich bereits vor dem 18. Lebensjahr feste Trinkgewohnheiten heraus. Unge-

lernte Arbeiter in der DDR trinken am meisten, während sich Akademiker zurückhalten. Bei den Männern lässt der Umfrage zufolge der Alkoholkonsum mit dem Alter nach. Während etwa 22 Prozent der Twens regelmässig mehr als 11 Gläser trinken, sind es nur noch 0,5 Prozent der 60jährigen. Von den regelmässigen Trinkern nehmen 28,5 Prozent mehr als 11 Gläser zu sich. 3,2 Prozent der befragten Männer und 0,2 Prozent der Frauen gaben an, vom Alkohol nicht mehr loszukommen, was nach Ansicht von Medizinern die Verdachtsdiagnose einer Alkoholkrankheit rechtfertigt. Auf die DDR-Bevölkerung hochgerechnet, ergibt dieser allerdings nicht durch eine ärztliche Diagnose untermauerte Prozentsatz eine Zahl von rund 275 000 Alkoholkranken.

Die «Komsomolskaja Prawda» präsentierte eine ganze Seite von Beispielen sinnloser Zeitverschwendung innerhalb verschiedener Berufszweige. Ein Lokomotivführer erzählt, wie er mit seinem Zug 198 Stunden auf das Ausladen warten musste, dreizehnmal länger, als die Arbeitsnorm vorsieht.

In den grossen Autowerkstätten in Togliatti an der Wolga werden 45 000 Arbeiter mit dem Bus zur ersten Schicht befördert. Aber irgend etwas passiert immer, so dass die Abfahrt sich verzögert. Ein Chauffeur hat sich verschlafen, ein anderer bringt den Motor nicht in Gang, ein dritter zankt sich mit einem Mechaniker herum und ein vierter sucht einen Trichter für Kühlflüssigkeit. Auf diese Weise verspäten sich die Arbeiter, und das Fliessband steht still. Die unnützen Kosten trägt der Staat. Und das wiederholt sich so oder ähnlich Tag für Tag.

In einer Schuhfabrik in Wolgograd gingen 279 Arbeitstage im ersten Quartal eines Jahres verloren, einzig deshalb, weil die Arbeitnehmer sich verspäteten. In der Fabrik arbeiten insgesamt 2313 Personen. Im Jahre 1976 wurden 2132 Arbeitsstunden vergeudet durch Nachlässigkeit, Müsiggang und Wodka trinken in der Werkstatt. Obendrein versuchte die Betriebsleitung die Auswüchse zu verheimlichen. oa

## Spitalreif diszipliniert

Eine Meldung aus der DDR, basierend auf der Aussage von dortigen Aerzten, wirft ein Schlaglicht auf Methoden der Disziplinierung, die in den sowjetischen Streitkräften nicht selten zu sein scheint. Ein Unteroffizier wurde mit schwerer Gehirnerschütterung, mehreren Rippenbrüchen und inneren Verletzungen als Notaufnahmefall in ein DDR-Spital eingeliefert. Nach anfänglichem Zögern gab der Soldat an, er habe im Politunterricht seiner Einheit gegenüber dem Politoffizier eine gegenteilige Meinung vertreten; darauf sei er von diesem mit Fäusten und Fusstritten bearbeitet worden. Gegenüber Vorgesetzten habe der Politoffizier diese Tätlichkeiten mit «Aufwiegelei» und «geplanter Fahnenflucht» des Unteroffiziers zu rechtfertigen versucht.

In einem anderen Zusammenhang wurden im Februar dieses Jahres ein Unteroffizier und ein Soldat, die betrunken in einen Verkehrsunfall verwickelt worden waren, mit Gehirnerschütterungen in das gleiche DDR-Krankenhaus transportiert. Trotz ihren Verletzungen hatte — so die Soldaten — ihr Vorgesetzter sie bei der Vernehmung zum Unfall so zusammengeschlagen, dass beiden das Nasenbein und dem Unteroffizier auch das Wadenbein gebrochen waren. Schon nach zweitägigem Spitalaufenthalt wurden sie auf der Ladefläche eines LKW abtransportiert. Die Proteste des Chefarztes hatten — wie in ähnlich gelagerten Fällen auch die Proteste anderer Aerzte des Krankenhauses — keinen Erfolg.

Offenbar werden in Verbänden der sowjetischen Armee Untergebene in zahlreichen Fällen misshandelt; da die Kapazität der sowjetischen Sanitätseinrichtungen zeitweilig nicht ausreicht, nimmt man DDR-Spitäler in Anspruch. Nach Aussagen der Aerzte wirken die sowjetischen Soldaten verstört und verängstigt; es dauert oft lange, bis sie zum Pflegepersonal des Krankenhauses Vertrauen fassen.

Diese Art von Behandlung Untergebener durch Vorgesetzte erklärt auch, warum es zu den relativ häufig beobachteten spontanen Desertionsversuchen sowjetischer Soldaten in der DDR kommt.

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**

Peter Dolder

**Abonnementspreise**

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

## Helsinki-Gruppen und freie Gewerkschaft

In der Sowjetunion sind zwei Mitglieder der ukrainischen Helsinki-Gruppe, Miroslaw Marinowitsch und Nikola Matusewitsch, zu je zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Ein Jahr Arbeitslager erhielt Pjotr Vins, Sohn des baptistischen Dissidenten Georgi Vins.

Das sind die jüngsten behördlichen Schläge gegen die fünf sowjetischen Gruppierungen, die vom Mai 1966 bis April 1977 gebildet worden waren, um die Verwirklichung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki zu überwachen. Offensichtlich sind die Machthaber entschlossen, die Helsinki-Gruppen zu liquidieren, die es in Moskau, in der Ukraine, in Litauen, Georgien und Armenien gibt.

Schon Mitte Februar hatte eine Zusammenstellung ergeben, dass von den damals 46 Mitgliedern 16 eingesperrt und 6 ins Ausland abgeschoben wurden. Inzwischen ist die Zahl der Festgenommenen auf mindestens 19 angestiegen (wobei es insbesondere in Kiew noch zu verschiedenen Verhaftungen von Sympathisanten der Gruppe kam), und gegen die noch nicht verurteilten — oder nach polizeilichem Ermessen noch nicht genügend verurteilten — Häftlinge kommt es zu Prozessen mit abschreckendem Strafmaß. Als Fanal sollte auch die Ausbürgerung von General Pjotr Grigorenko (Mitglied sowohl der Moskauer als auch der Kiewer Gruppe) gelten. Dem entgegen steht lediglich die Amnestierung der Geologin Malwa Landa (von der Moskauer Gruppe); sie war 1977 zu zwei Jahren Verbannung verurteilt worden und ist nun vorzeitig nach Moskau zurückgekehrt.

Dass unter diesen Umständen (die Schikanen und Bedrohungen kommen noch dazu) die Gruppen immer noch neue Mitglieder finden, zeigt den erstaunlichen Widerstandswillen. So tragen die zwei jüngsten Samisdat-Dokumente der Kiewer Gruppe die Unterschrift zweier neuer Mitglieder. Insgesamt aber weisen die Zeichen immer noch auf eine gesteigerte Verfolgung hin, insbesondere jetzt, da die Belgrader Konferenz zu Ende gegangen ist, ohne auf die Menschenrechte zu insistieren; bei der nächsten Auflage (1980 in Madrid) wollen die Sowjets möglichst keine Belastung durch Widerstand leistende Helsinki-Gruppen mehr haben. (Wenn es an der offiziellen Solida-

rität des Westens mangelt, wird die sonstige Unterstützung besonders nötig. Ein Beispiel dafür ist die in Zürich bekanntgegebene Gründung einer Europäischen Helsinki-Gruppe — u.a. durch Eugen Voss und Ulrich Kägi —, die für die menschenrechtliche Zielsetzung der KSZE weiterhin und «trotzdem» eintreten will.)

\*

Trotz Verfolgungen geht inzwischen in der Sowjetunion der Versuch zur Bildung einer «Unabhängigen Gewerkschaft» weiter, die sich vergebens um Anerkennung durch das Internationale Arbeitsamt (BIT) in Genf bemüht hat, wogegen sich der Internationale Bund Freier Gewerkschaften an seiner Vorstandssitzung in einigen Tagen bemühen will, den Anliegen der sowjetischen Arbeiter Gehör zu verschaffen.

Da der Initiator der unabhängigen Gewerkschaft, Wladimir Klebanow, eingesperrt ist, sind andere Sprecher der Arbeiterinitiative an seine Stelle getreten, so der Jurist Kuwakin und Valentin Poplawskij, der westlichen Korrespondenten in Moskau gegenüber erklärt hat:

«Die Gründungsmitglieder der Unabhängigen Gewerkschaft waren Arbeiter, die aus verschiedenen Städten der Sowjetunion mit Klagen über die Verletzung ihrer Rechte nach Moskau geist waren.»

Ihr Organisator ist ein Grubenarbeiter aus Makejewka, Wladimir Klebanow; er wurde Anfang Februar verhaftet und in ein psychiatrisches Gefängnis eingeliefert. Seinerzeit war Wladimir Klebanow von der Arbeit entlassen worden, weil er sich geweigert hatte, Tatsachen über Unfälle im Bergwerk in Makejewka, wo er arbeitete, zu verdecken. Grobe Verletzungen der Sicherheitsreglemente führen laut Klebanow dazu, dass allein in dem Bergwerk, wo er arbeitete, jedes Jahr 12—15 Bergleute ums Leben kommen.

Ausser Klebanow wurden diesen Februar noch einige andere Organisatoren der Freien Gewerkschaft verhaftet. «Aber die Zahl der Mitglieder unserer Unabhängigen Gewerkschaft nimmt nicht ab, sondern wächst im Gegenteil stetig. In unserer Gewerkschaft gab es bei seiner Gründung 200 Arbeiter, jetzt ist aber die Mitgliederzahl trotz den Verhaftungen höher. Wir haben jetzt ein spezielles gedrucktes Formular eines Eintrittsgesuchs in unserer Organisation. Fast jeden Tag treffen wir uns zum Informationsaustausch. Dann stellen wir jeweils fest, wen man aus unseren Reihen herausgerissen hat. Manchmal werden Verhaftungen direkt am Ort unseres Treffens durchgeführt.»

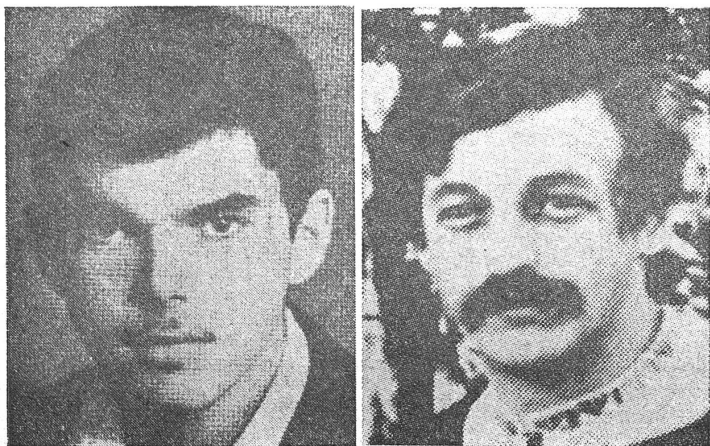


## † Zenta Maurina

In Bad Krozingen (BRD) ist im Alter von 80 Jahren Zenta Maurina gestorben, die lettische Schriftstellerin, die «Auf der Schwelle zweier Welten» (so der Titel eines ihrer Essaybände) das ihre dazu getan hat, den Osten dem Westen näherzubringen. Nicht im Dienste an der Koexistenz staatlicher Gewalt, sondern im Dienste am Verständnis unter Menschen. Vor allem hat sie das russische Schrifttum vermittelt, von Dostojewskij bis zu ihren und unsern Zeitgenossen. Dass ihre Vermittlung, von einem uneingeteilten, aber sichereren christlichen Glauben getragen, nicht auch den Weg in die andere Richtung nehmen konnte, lag am mechanischen Hindernis der sowjetischen Zensur.

Als Zenta Maurina im Oktober 1977 in Bern den Preis der «Stiftung für Freiheit und Menschenrechte» erhielt, nahm sie ihn zugleich mit dem eben emigrierten sowjetischen Astrophysiker und Dissidenten Kronid Ljubarskij entgegen, der ihn drei Jahre zuvor zugesprochen erhalten hatte, als er sich im Gefängnis von Wladimir befand. Es war ein passendes Zusammentreffen; Zenta Maurina war immer auch für die Verfolgten eingestanden und hatte sich bemüht, das weiterzuerreichen und zu erklären, was sie zu sagen hatten. Zenta Maurina gab vielen «Porträts russischer Schriftsteller» (ob unter diesem Titel oder unter anderen) ihre erste Zeichnung im Westen. Auf manchen Autor, wie Anna Ichmatowa oder Valerij Tarsis, hat sie in ihren Büchern hingewiesen, bevor ihre Namen hier bekannt wurden. Als erste im deutschen Sprachraum hat sie seinerzeit über Solschenizyn geschrieben und gesprochen (ihre Vortragstätigkeit war von erstaunlichem Umfang), hat Sinjawschik und Terz vorgestellt.

Zum Verständnis für das Leiden und seine Ueberwindung brachte Zenta Maurina ihr eigenes Schicksal mit. Sie war von Kindheit an gelähmt, sie erlebte in Lettland den Totalitarismus in seinen beiden Gestalten, bevor sie «Die eisernen Riegel zerbrechen» konnte und am Ende einer mühseligen Flucht 1947 nach Schweden kam. Dort dozierte sie, die von Haus auf mit der russischen Sprache aufgewachsen war und in Riga promoviert hatte, vergleichende Literatur. Von 1963 an lebte sie in Westdeutschland.



Miroslaw Marinowitsch (links) und Nikola Matusewitsch sind als Mitglieder der ukrainischen Helsinki-Gruppe zu je zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden.